

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861**

26.2.1861 (No. 48)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 26. Februar.

N. 48.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expeditio: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

## Das „Preuß. Wochenblatt“ über Hr. v. Binde's italienische Politik.

Wenn Hr. v. Binde und seine Getreuen das Bedürfnis einer Probe für die Güte ihrer Politik in Betreff der Konföderation Italiens gefühlt haben sollten, so ist ihnen dazu die Gelegenheit überraschend schnell gegeben worden. Sie haben eine ganz allgemeine Anerkennung gefunden — im Ausland; die englische, französische und italienische Presse hat gewetteifert im Lobe derjenigen, welche sich im preussischen Abgeordnetenhaus zu entscheiden zu Gunsten der gewaltsamen, durch Frankreich und England protektirten Umgestaltungen ausgesprochen, die jenseits der Alpen sich vollzogen haben und noch vollziehen. Wir beneiden Hr. v. Binde nicht um diese Ehre, und wünschen nur, daß der Erfolg, den er außerhalb Deutschlands, und der Mißerfolg, den er innerhalb Deutschlands hatte, ihn künftig wenigstens vorsichtiger machen möchte.

Einem viel höhern Standpunkt hat die preussische Regierung bei den Adressdebatten eingenommen, und die staatsmännlich würdige Weise, mit der Hr. v. Schleinitz denselben darlegte, hat allenthalben, besonders auch in Süddeutschland, den besten Eindruck gemacht. Verschiedene Blätter, welche der preussischen Regierung nahe stehen, haben dann diesen Standpunkt näher beleuchtet und einem richtigern Urtheil wesentlichen Vorschub geleistet. Zu ihnen gehört auch das „Preuß. Wochenblatt“, welches in einer seiner letzten Nummern einen längeren Artikel über das Binde'sche Amendement und die Rede, welche sein Urheber zu dessen Vertheidigung gehalten hat, bringt, dem wir einige Hauptstellen um so eher entnehmen wollen, als es auch außerhalb der Kreise des Berliner Abgeordnetenhauses nicht an Stimmen fehlt, die eine ähnliche Politik wie die des Abgeordneten für Hagen in Bezug auf Italien befürworten.

„Der die französische Intervention von 1859 nicht von vorn herein als eine europäische Angelegenheit aufgefaßt hat — sagt das „Preuß. Wochenblatt“ — könnte inzwischen durch die Folgen dieses Ereignisses eines Bessern belehrt und zu der Erkenntnis geführt sein, daß gerade die ausschließliche Entscheidung von Fragen ersten Ranges, ohne das Zutun und wider den Willen der anderen europäischen Staaten, eine politische Suprematie begründet. Denn hierdurch wird nicht bloß die bedeutende Macht des maßgebenden Staates, sondern auch die relative Bedeutungslosigkeit der anderen Staaten dokumentirt, und beide Momente bilden das eigentliche Fundament einer politischen Präponderanz. (Wenn doch diese Ansicht im Frühjahr 1859 in Berlin die maßgebende gewesen wäre, wie sie es in Süddeutschland war!) Wie Frankreich durch die Erledigung der orientalischen Angelegenheit nach seinem Willen und ungeachtet des Widerstrebens der englischen Staatsmänner den Grundstein zu seinem Uebergewicht legte, so hat es das Fundament desselben mächtig erweitert, als es unter der unwirksamen Mißbilligung der europäischen Staaten durch seine bewaffnete Intervention in Italien einen entscheidenden Einfluß auf das Geschick der Halbinsel sich aneignete; und eben so sicher ist es, daß von der Wiederholung einer solchen Einmischung, wenn sie wiederum in Folge der Unthätigkeit Europa's ihren Zweck erreichen sollte, ein neuer Zuwachs der französischen Präponderanz unzertrennlich sein würde.

Diesem Entwicklungsgang politischer Suprematie verkennt Hr. v. Binde vollkommen, wenn er es für möglich hält, daß eine neue bewaffnete Einmischung Frankreichs an sich wohl noch immer als ein Ereignis von bloß lokaler Bedeutung angesehen werden könne; und es ist nicht zu verwundern, daß sich aus dieser fehlerhaften Grundanschauung eine Reihe schiefer Betrachtungen ergibt.

Der nächsten Schlussfolgerung freilich, die Hr. v. Binde aus seiner Ansicht über den Anhaltspunkt der gegenwärtigen Situation gewinnt, müssen wir zustimmen. Er folgert, daß Preußen sich unter diesen Umständen „bei seiner geographischen und politischen Stellung“ nach festen Bundesgenossen umsehen müsse. Aber bei der Umschau nach solchen Bundesgenossen begeht er wieder so entschiedene Fehler, daß er zu ganz undurchbaren Resultaten gelangt. Statt nämlich, wie eine praktische Politik es thun muß, fest im Auge zu behalten, gegen wen die Spitze dieser Allianz gerichtet sein müßte, und nun zu fragen, welche Staaten durch zwingende materielle Gründe am entschiedensten auf eine Allianz in solcher Richtung hingewiesen sind, schweift er in die allgemeine Frage ab, welche Allianz und die wünschenswerthe sei, ohne sich viel darüber den Kopf zu zerbrechen, ob diejenigen Staaten, die er uns als Bundesgenossen designirt, auch die Neigung besitzen, sich auf eine solche Allianz mit uns einzulassen. Das ist die wahre Inkarnation einer richtigen Sympathienpolitik, die nicht die realen Verhältnisse, sondern lediglich die eigenen Wünsche in Rechnung zieht.

England und Italien, das sind die beiden Staaten, die der Abgeordnete für Hagen uns als Bundesgenossen empfiehlt. Wenn auf politischem Gebiet die Kraft einseitiger Wünsche wirkungsvoll wäre, — wahrlich! England und Preußen wären schon längst ein Herz und eine Seele. Es

ist für uns sehr überzeugend, wenn Hr. v. Binde auseinandersetzt, daß England einer kontinentalen Allianz bedürfe, und daß die preussische Allianz ihm die wünschenswerthe sei müßte; aber es kann dem verehrten Abgeordneten unmöglich entgehen, daß diese Ueberzeugung in England selbst noch nicht über die ersten schwächsten Regierungen hinausgediehen ist. Es ist eine notorische Thatsache, daß das britische Kabinet einem politischen System huldigt, welches zu einer antifröhen Allianz den direkten Gegensatz bildet; wenn dasselbe noch immer für zweckmäßig hält, die Allianz mit Frankreich nach Kräften und selbst um den Preis großer Nachgiebigkeit zu kultiviren, obgleich sie ohne Frage für England viel Nützliches mit sich führt, so wird Hr. v. Binde bei dem Scharfjann der britischen Minister voraussetzen können, daß materielle Gründe von zwingender Gewalt vorliegen müssen, welche England bisher noch nicht einmal die Lösung der französischen Allianz, geschweige denn die Annäherung von Beziehungen gestattet haben, die zu einem aktiven Auftreten gegen Frankreich führen könnten.

Aber selbst wenn die Situation Englands ganz anderer Art wäre, als sie es in der That ist, würden wir Dessen gewiß sein können, daß England ein Bündniß mit uns unter den Umständen, wie sie die Politik des Hr. v. Binde herbeiführen müßte, entschieden ablehnen würde. Aus der Politik des Hr. v. Binde würde nicht bloß eine Spannung zwischen Preußen und Deisterreich, sondern ein Bruch zwischen beiden Staaten hervorgehen; denn er empfiehlt uns auch eine Allianz mit dem feindlichsten Gegner Deisterreichs, mit Sardinien. Ein Bruch mit Deisterreich ist aber unter den obwaltenden Umständen auch ein Bruch mit einem großen Theile Deutschlands, der Anlaß zu inneren Fehden, welche den bedeutendsten Theil unserer Macht binden, ihn für anderweitige Verwendung unbrauchbar machen würden.

Kann ein Staatsmann, wie Hr. v. Binde, so mißliche Verhältnisse für eine geeignete Kombination zur Annäherung eines Bündnisses mit uns in der That an der Spitze halten? Würde England den Antrag eines derartigen Bündnisses unter solchen Umständen nicht durch die einfache Weisung abfertigen müssen, daß wir, ehe wir an so schwierige Aufgaben denken, vorerst durch eine Erledigung der deutschen Zwistigkeiten unsere eigene Kraft frei machen und dem projektirten Bunde dann nicht bloß unsere eigene volle Kraft, sondern wo möglich auch die Kraft des geeinigten Deutschlands zuführen möchten? Kann ein politischer Kopf sich wirklich der Illusion hingeben, daß England, um dem französischen Uebergewicht entgegen zu treten, sich uns anschließen werde, so lange wir eine Politik befolgen, welche die Tendenz hat, Deisterreich und einen großen Theil Deutschlands unserem Gegner als seine natürlichen Bundesgenossen zu designiren und unsere Kraft in die heillosen inneren Verwicklungen zu verwickeln — in demselben Moment, in welchem wir uns zu einem festen Auftreten gegen das Ausland anschicken wollen? Wir sollen den Engländern unsere Allianz antragen und gleichzeitig eine Politik befolgen, welche ihnen diese Allianz werthlos macht; das Bündniß mit dem mächtigen Frankreich sollen die Engländer aufgeben und sich mit einem Staat allüren, der sich gleichzeitig nach einer andern Seite in die lähmendsten Verwicklungen begibt. Wahrlich! man muß die realen Verhältnisse ganz aus den Augen verlieren, um sich über so scheinbare Gegensätze unbekümmert hinwegsetzen zu können.

Wer sich die Mühe gibt, die hier angezeichneten Umstände genauer zu erwägen, wird sich schwerlich der Ueberzeugung verschließen können, daß Hr. v. Schleinitz zur Erreichung des von Hr. v. Binde angestrebten Zieles mit überlegener Einsicht einen geeigneteren Weg gewählt hat, indem er die Zwietracht im Innern Deutschlands zu beizugehen, die Macht des Gesamtvaterlandes für einen Zweck, den Zweck seiner Sicherstellung, zusammenzufassen und uns so als unumschränkte Herren der eigenen, nach seiner Seite hin beanspruchten Kraft und als beachtungswerthe Vertreter der Kraft des übrigen Deutschlands zu machtvollen, d. h. zu wirklich wünschenswerthen Bundesgenossen für England zu machen suchte. Diese Politik entspricht so sehr den Interessen Englands, daß wir uns höchlich wundern würden, wenn sie nicht schon längst von England direkt ermuntert und befördert worden sein sollte. Wenn wir dagegen, dem Rathe des Abgeordneten für Hagen folgend, den Antagonismus zwischen Preußen und Deisterreich auf's äußerste schärfen und unsere Kraft nach dieser Richtung verzeteln wollten, so würden wir sicherlich die Aussicht auf ein englisches Bündniß, dessen Front nach ganz anderer Seite gefehrt sein soll, in immer weitere Ferne rücken. (Schluß f.)

## Deutschland.

†† Karlsruhe, 23. Febr. Aus den sog. freien Konferenzen der katholischen Geistlichen erfahren wir selten etwas mehr, als daß irgend ein Wortführer uns berichtet, daß die Beschaffenheit der schlechten Presse und der Pfändangelegenheit ihn Gegenstand von Klagen geworden sei. Die letztere wird dann regelmäßig benützt, um die Schuld der Nichtbefugung der Pfänden der Staatsregierung und den Feinden des Konfordsats aufzubürden. Gewiß hätte der Wollzug des

Konfordsats auch die Pfändbefugung zur Folge gehabt. Aber dieselbe Folge hätte auch der Wollzug der neuen Gesetze gehabt, da auf Grund derselben die Staatsregierung der erzbischöflichen Kurie anbieten konnte und angeboten hat, die Pfändauscheidung zu belassen, wie sie das Konfordat festsetzte. Die großh. Staatsregierung handelt darin sehr loyal, und am wenigsten in der Absicht, sich auf diesem Wege einen ihr durch das Konfordat gebotenen Vortheil anzueignen, da sie trotz entgegenstehender Behauptungen jedem Unbefangenen klar machen kann, daß sie bei der Pfändauscheidung mit Nachgiebigkeit verfahren ist und daß der Vergleich, wie ihn das Konfordat enthält, keineswegs sehr vorthelhaft für sie ist. Was man in Rom von anderm Standpunkt aus anderer Ansicht gewesen sein, oder mögen Gründe der Politik veranlaßt haben, diese Angelegenheit nicht in der gedachten Weise in Ordnung kommen zu lassen, kurz man ordnete von dort her an, daß die Pfändfrage nicht dem Konfordat entsprechend geordnet werden dürfe, d. h. man setzte diese Sache abermals in Schweben. Deshalb also sind die Pfänden noch nicht befestigt. Soweit Patronatspfänden von Privaten in Frage stehen, steht der Befugung kein Hinderniß im Wege, und die Regierung hat auch hierin die Befugung angeordnet und zugegeben, obgleich die früher geltend gemachten Ursachen der Nichtbefugung von Privatpatronaten, wenn man will, auch jetzt noch vorhanden sind. In Betreff der Auscheidung der landesherrlichen Patronatspfänden und der der freien Kollatur des Hr. Erzbischofs zurückzustellenden Pfänden mußte, sobald die im Konfordat angenommene Auscheidung nicht mehr maßgebend war, die alte Schwierigkeit der Ausgleichung, nur verdoppelt, hervortreten. Ob ein Weg für diese Ausgleichung zu finden ist, wird die Folgezeit lehren. Die Regierung und, wie der Wahrheit gemäß beigelegt werden muß, die erzbischöfliche Kurie haben den guten Willen, einen Abschluß zu finden. Allein einen Vergleich schließt nicht bloß guter Wille ab, sondern er erfordert, daß beide Theile in ihren Anschauungen sich nicht allzu fern sehen, und im Einzelnen nachgiebig sind und sein können. Das Nichtzustandekommen eines Vergleichs läßt selten ein Urtheil zu, auf wessen Seite der Fehler lag; da er Sache freier Einigung ist, so kann er auf beiden Seiten und auf keiner gelegen sein. Für die Regierung könnte ein Scheitern der Verhandlungen deshalb einen Vorwurf nicht begründen, nachdem sie den jedenfalls verständlichsten Weg betreten hatte, einen mäßsam zu Stande gekommenen Vergleich um der Frage willen, ob er einige Pfänden zu viel oder zu wenig gibt, nicht mehr in Erörterung ziehen zu wollen. Da diesen Gang der Dinge das ganze Land kennt, so wird es schwer sein, glauben zu machen, daß ihn die Geistlichen, die er zunächst betrifft, und welche zum lebhaften Bedauern der Regierung darunter leiden, nicht kennen. Auch läßt sich von denselben ohne Verleibung ihres Standes nicht erwarten, daß sie ihn so falsch beurtheilen, wie die Herren der Partei glauben machen wollen.

\* Karlsruhe, 25. Febr. Eine Korrespondenz: „? aus Baden, 21. Febr.“ in Nr. 53 des „Frankfurter Journals“ spricht von einer Personalveränderung im großh. Kabinet, in Folge deren Kabinetstath Ullmann eine Stelle in einem unserer mittleren Gerichtshöfe einnehmen werde. Wir sind veranlaßt, dies mit dem Ansagen zu widersprechen, daß von einer Verlegung des Kabinetstath Ullmann in einen Gerichtshof durchaus nicht die Rede ist.

△ Karlsruhe, 25. Febr. Ein Artikel in der „Bad. Landesztg.“ Nr. 43 vom Neckar, 18. Febr., enthält die Angabe, daß sich die allgemeine Stimmung der landwirthschaftlichen Bezirksvereine für Annahme der seiner Zeit von Hr. Dr. Herth im Auftrage der landwirthschaftl. Kreidirektion Heidelberg-Weinheim gemachten Reformvorschlüge ausgesprochen habe.

Nach eingezogener Erkundigung ist diese Angabe unrichtig, indem von allen landwirthschaftlichen Bezirksvereinen nur drei eine Erklärung im Sinne der Dr. Herth'schen Reformvorschlüge abgegeben haben.

Hiernach dürfte auch in die Richtigkeit der weiteren Angabe, daß diese Reformvorschlüge von der hohen Regierung als sachgemäß anerkannt worden seien, einiger Zweifel zu setzen sein, um so mehr, als die oberste Leitung und Aufsicht über die Landwirtschaft erst nach einer im Regierungsblatt vom 11. Febr. enthaltenen Bekanntmachung an das Handelsministerium übergegangen ist und die Prüfung der umfassenden Dr. Herth'schen Reformvorschlüge von diesem Ministerium in der inzwischen verfloffenen Zeit wohl kaum beendet worden sein konnte.

Es ist wohl mit Bestimmtheit vorauszusetzen, daß die großh. Regierung ihre feste Ansicht über die hier in Frage stehenden wichtigen Veränderungen erst dann bilden wird, wenn der in Bälde zusammenberufen werdende Ausschuß der Bezirksvereine über diese Frage eine gründliche, nach allen Seiten hin unparteiische Beratung gepflogen haben wird.

Von der großh. Staatsregierung darf man aber mit Bestimmtheit annehmen, daß sie jedem wahren und in Beziehung auf die Verwendung der Staatsgelder mit den übrigen Staatseinrichtungen konformen Vorschlägen williges Gehör schenken und sie einer gründlichen Prüfung unterziehen wird.

**Karlsruhe, 23. Febr.** In Nr. 54 der „Allgemeinen Ztg.“ macht sich ein Korrespondent aus Karlsruhe das wohlfeile Vergnügen, dem Publikum einen Artikel über die Neu- besetzung der Gouverneurstelle in Nassau und Ver- änderungen im groß. Kriegsministerium aufzu- zeichnen, der seinem ganzen Inhalt nach erdichtet ist. Welche Absicht der anonyme Artikelschreiber damit verband, wollen wir nicht untersuchen; können aber den Wunsch nicht unter- drücken, daß es der „Allg. Ztg.“ gelingen möchte, besser unter- richtete Korrespondenten über badische Zustände zu gewinnen.

**Bruchsal, 25. Febr.** Der Anfang unserer nächsten Schwurgerichts-Sitzung ist nunmehr auf den Tag nach dem Josephstage, also auf Mittwoch den 20. März be- stimmt; deren Dauer dürfte sich wohl auf drei Tage beschrän- ken, da bis jetzt nur drei Fälle auf der Rolle stehen, und die übrigen Fälle, welche für diese Sitzung in Aussicht standen, schwerlich noch bis zu derselben spruchreif werden können.

Wie wir in einem früheren Artikel mittheilten, hatte das hiesige Hofgericht bei Erlassung des Beweisermittlungs- in einem Zivilprozeß sich über das sogenannte Gallisiren de s Weins dahin ausgesprochen, daß, sofern dadurch ein künstliches, dem natürlichen Weine nicht gleichstehendes, Surro- gat geschaffen werde, und sofern der gallisirte Wein als echter Traubenwein verkauft werde, eine unrechte That vorliege. Dieser Rechtsstreit wurde nun unlängst in öffentlicher Sitzung des gedachten Gerichtshofes endgültig, und zwar zu Gunsten des Gallisirens, entschieden. Das erhobene Gutachten eines tüchtigen Chemikers, worauf sich dies Urtheil gründet, beruht auf folgenden Sätzen:

1) Jeder Wein ist insofern ein künstliches Produkt, als kein Wein durch die Natur erzeugt wird, sondern das Erzeugniß der Reben durch menschi- che Thätigkeit zur Gährung geleitet und dadurch Wein erzielt wird.

2) Zu den gallisirten Weinen kommen keine Stoffe, welche den Be- standtheilen eines guten Weines fremd sind, vielmehr wird nur durch Zusatz von Wasser und Zucker — also von Stoffen, die in jedem Wein vorhanden sein müssen — das bei schlechten Weinen vorhandene falsche Verhältniß zwischen Säure, Zucker und Wasser in ein solches Verhältniß ausgeglichen, wie es sich zwischen diesen Stoffen in guten Weinen findet.

3) Die durch das Gallisiren dem Weine zugelegten Stoffe sind der Gesundheit nicht schädlich, auch werden dadurch dem Weine keine der Gesundheit zuträglich Stoffe entzogen.

4) Hiernach ist der gallisirte Wein kein künstliches Surrogat eines natürlichen Weines, sondern es wird vielmehr durch das Gallisiren saurer oder geringere Weine ein Wein erzeugt, welcher als ein dem Mit- telweine in chemischer und physikalischer Beziehung gleichstehendes Surro- gat betrachtet werden muß.

**Wormsheim, 24. Febr.** Den kürzlich erfolgten Mit- theilungen öffentlicher Blätter über die Straßburg-Neuler Rheinbrücke, wozu, wie wir früher schon berichteten, die Eisenstragitter, sowie die prachtvollen eisernen Portale in der hiesigen Bendler'schen Eisengießerei angefertigt wurden, fügen wir bei, daß unter den deutscher Seite anzubringenden Em- blemen sich nicht bloß der badische Greiff als Grenz-Wappen- zeichen befinden wird, sondern es wird auch im allerhöchsten Auftrag Sr. Königl. Hoheit unseres Großherzogs der deutsche Reichsadler die Mitte des gegen Kehl geführten Portales schmücken. Unser genialer K. Siebenpfeiffer hat von dem allverehrten Fürsten die schöne Aufgabe erhalten, das Modell hierzu zu liefern. Nach unserer Uebersetzung hat der genannte Künstler es verstanden, in bester heraldischer Auffassung den ihm gewordenen ehrenvollen Auftrag auszu- führen, und es wird in wenigen Tagen das Modell in die Bendler'sche Gießerei dahier abgehen, von wo vielleicht schon bis zu den ersten, im nächsten Monate vorzunehmenden Probefahrten über die neue Eisenbahn-Brücke der deutsche Adler an Ort und Stelle gelangen kann, um allda, seine mächtigen Fittige schwingend, als entsprechendes Sinnbild deutscher Zusammengehörigkeit dem kaiserlichen Adler Frank- reichs gegenüber Grenzwaache zu halten. Hr. Siebenpfeiffer hat auch noch andere, von deutschem Sinne und Begeisterung für vaterländische Kunst eingelebte Arbeiten unter Händen. Möge dem strebsamen Künstler die verdiente Anerkennung nicht mangeln! — An diese erfreuliche Mittheilung an- knüpfend, wollen wir, als verwandter Kundgebungen, auch erwähnen, daß die Interessen des Germanischen Na- tionalmuseums in Nürnberg auch hier bereitwillige För- derung finden. Nicht nur, daß viele hiesige Einwohner jähr- liche Beiträge für diesen Zweck leisten, sondern es haben sich auch die hiesigen bürgerlichen Kollegien im Namen der Stadt- gemeinde zu ansehnlichen Zuschüssen verpflichtet.

**Mannheim, 22. Febr.** Wie man vernimmt, hat sich die hiesige Handelskammer in jüngster Zeit mit der Frage des Handelsvertrags beschäftigt, welcher zwischen Frankreich und dem Zollverein abzuschließen beabsichtigt wird und in die- sem Augenblick Gegenstand der Verhandlungen zwischen preu- ßischen und französischen Kommissären ist. Interessant ist es, zu erfahren, daß die verschiedenen hiesigen Industriellen, welche von der Handelskammer über fraglichen Handelsvertrag ge- hört worden sein sollen, sich prinzipiell gegen einen solchen ausgesprochen haben. Wenn auch von Vielen zugegeben werde, daß es für Handel und Industrie immer wünschenswert sei, das Marktgebiet vergrößert zu sehen, und die Geschichte des Zollvereins selbst den besten Beweis liefere, wie scheinbare, aus gegenseitigen Zugeständnissen hervorgehende Nachteile für einzelne Industriezweige durch die Vortheile der Ausdeh- nung des Marktgebietes im Allgemeinen doch Nutzen und Segen bringen, so seien doch Alle von dem größten Misstrauen bei einem Vertrag erfüllt, welcher mit Frankreich zu diesem Zweck geschlossen werden wolle. Man setzt eben einmal Zweifel in die Lauterkeit bei Allem, wozu dieser Staat die Initiative ergreift, und verzichtet lieber von vorn herein auf alle mögliche Vortheile, wenn solche von einer mutmaßlich nicht zuverlässigen Seite angeboten werden. Das Miris'sche Drama ist auch wirklich nur geeignet, dieses Misstrauen zu rechtfertigen und zu steigern.

**Mannheim, 22. Febr.** Die Hoffnungen, welche die Rheinschiffahrt bezüglich einer Besserung der Frachtw.

hältnisse an die mit dem 1. März eintretende Ostroiform- künfte, scheinen nicht in Erfüllung zu gehen. Wenigstens sind bereits von der hiesigen, wie von der Ludwigshafener Dampfschiffahrts-Gesellschaft Zirkulare an den Handelsstand erlassen worden, daß der Stand der Frachten des vorigen Jah- res — und derselbe soll zu den niedrigen seit dem Bestehen der Rheinschiffahrt gehören — vorerst unverändert fort- dauere. Es wird für viele Leser Ihres Blattes gewiß von Interesse sein, zu erfahren, daß hiernach z. B. von Rotterdam nach Mannheim der Zentner kostet: Baumwolle, Farb- holz in Bündeln, Harz 19 1/2 fr.; Blech, Blei, Eisen, Eisenblech, Zinn 22 1/2 fr.; Kupfer, Menning, Stahl 25 fr.; Reis, 23 fr. u. s. w. So sehr man Seitens des Handelsstandes gern billige Frach- ten sieht, so hört man doch vielfach ein Bedauern dar- über aussprechen, daß solche Zustände einer Konkurrenz auf Tod und Leben fortauern. Verhaft beklagt man allge- mein, daß die Fracht für Kaffee auf unserer Eisenbahn eine so hohe ist, daß alle Anstrengungen des Schiffahrts-Betriebs, der Konkurrenz der Luxemburger Bahn nach der Schweiz die Spitze bieten zu können, nutzlos sind. Es sollen schon längst- Seitens der hiesigen Handelskammer geeigneten Orts Schritte zum Zweck der Ermäßigung der Eisenbahn-Fracht für Kaffee- geschäften sein.

**Kehl, 23. Febr.** (A. Z.) Gestern befand sich eine Kom- mission der groß. Eisenbahn-Direktion hier, um von dem Stande der Brücken- und Bahnhofsbauten Ein- sicht zu nehmen. Die Arbeiten sind so weit vollendet, daß in wenig Tagen Probefahrten auf der Brücke beginnen können. Der Betrieb der Eisenbahn zwischen hier und Straßburg wird Ende des künftigen oder Anfangs des Monats April verwirk- licht werden. Die Fahrt zwischen den beiden Grenzstationen wird etwa 20 Minuten in Anspruch nehmen.

**Staufen, 22. Febr.** Bei der gestern dahier vollzogenen Bürgermeistwahl erhielt von 36 Stimmen Hr. Defo- nom Hermann Buziere 34 Stimmen und wurde zur Freude seiner Freunde als Bürgermeister der Stadt Staufen proklamirt. Derselbe hat jedoch heute die Wahl entschieden abgelehnt, weshalb ein neuer Wahltag angeordnet ist.

**Vom Bodensee, 23. Febr.** Am letzten Sonntag ver- sammelten sich in Ueberlingen die geistlichen und welt- lichen Vorstände der evangelischen Gemeinden des obern See- kreises. Einzelne Gemeindeglieder hatten sich angeschlossen, so daß gegen 40 Personen beisammen waren. Hofgerichts- Rath Mann von Konstanz leitete die Verhandlung. Man beschloß die Gründung eines Zweigvereins der Gustav-Adolf- Stiftung. Außerdem wurde die kirchliche Stellung der sog. Diasporagemeinden besprochen, d. h. derjenigen evang. Ge- meinden, die erst in jüngster Zeit an früher ungemischt katho- lischen Orten sich gebildet haben. Man beschloß, in einer ge- meinschaftlichen Eingabe an die betreffenden Behörden sich zu wenden, um den genannten, theilweise sehr blühenden und lebenskräftigen Gemeinden die gleichen Rechte zu erwirken, welche die übrigen evang. Gemeinden des Landes haben. Wir hoffen, daß die Versammlung, die von dem Geiste brüderlicher Liebe getragen war, ihre guten Früchte bringen werde.

**Stuttgart, 25. Febr.** Der Hauptanjetat für die Jahre 1861/64, dessen Vorlegung an die Stände sich etwas verzögert hatte, ist vorgestern durch den Finanzminister beim ständischen Ausschuss eingebracht worden. Derselbe bringt eine sehr bedeutende Erhöhung des Militärbudgets wegen der durch das neue Rekrutierungsgeß eintretenden Mehraushebung von 600 Mann jährlich und einer Soldderhöhung der Soldaten, sowie wegen Einberufung der Landwehr zum Einerezieren. Es soll die Erhöhung mit Veranschlagung der gestiegenen Holz- und Lebensmittelpreise an 500,000 fl. jährlich betragen. — In Konfords angelegenheiten soll, sicherm Ver- nehmen nach, die Regierung gewonnen sein, bei der als ziemlich schon vorauszu sehenden Verwerfung des Vertrags mit Rom die Sache im Gesetzgebungswege zu reguliren, wodurch ein Hauptgrund zur Uneinigkeit zwischen Regierung und Ständen wegfallen würde, nachdem durch die neueste Preßordon- nanz einem in letzter Session ausgesprochenen Wunsche der Stände willfahrt worden ist, indem die administrative Entzie- hung von Gewerbesteuerbefreiungen in Preßsachen aufgehoben wor- den und die für Zeitungen zu erstellenden Kauttionen auf die Hälfte herabgesetzt sind. Daß eine Adelsentschädigung auf diesem Landtage gar nicht vorkommen wird, glaube ich Ihnen schon früher mitgetheilt zu haben. Es heißt nämlich, die Standesherren selbst hätten auf ihrer Versammlung zu Ulm beschloffen, die Regierung zu bitten, ihre Vereinbarung mit der Regierung diesmal gar nicht zur Vorlage und Ver- handlung zu bringen und die Sache überhaupt vorerst auf sich beruhen zu lassen, was der Regierung nur angenehm sein kann. Dagegen kommt die Sache der Gewerbefreiheit jeden- falls vor.

**München, 23. Febr.** (A. Z.) Die vom „Pays“ und der „Patrie“ verbreitete Nachricht, daß König Franz II. dem- nächst über Triest nach Bayern kommen werde, ist nach zuver- lässigen Erkundigungen unrichtig. In den zunächst beteilig- ten Kreisen ist bis jetzt nicht nur Nichts hierüber bekannt, son- dern man zweifelt sogar, daß sich die Hoffnung, das erlauchte Königspar hier zu sehen, verwirklichen werde.

**Wien, 21. Febr.** (N. Korr.) In Betreff der Bode- see-Gürtelbahn wurden in jüngster Zeit wiederholt An- träge zur Wiederaufnahme der im Jahr 1858 unterbrochenen Konferenzverhandlungen, welche von Abgeordneten Oester- reichs, Bayerns und der Schweiz geführt wurden, gestellt. Nach den bezüglichen Notifikationen der österreichischen Regie- rung sieht sich letztere „zur Zeit“ nicht in der Lage, der Vor- nahme erneuter Konferenzverhandlungen beizustimmen; hier- aus läßt sich jedoch nicht, wie in vielen Zeitungen geschieht, eine definitive Ablehnung der Betheiligung bei fraglichem Bahnprojekte Seitens der österreichischen Regierung folgern.

**Frankfurt, 22. Febr.** (N. Korr.) Um Mitte des nächsten Monats wird die erste Probenummer des neuen politi-

schen Tagblattes ausgegeben werden, welches in un- ser Stadt unter Leitung des Hrn. Lammer, bish. Redaktors der „Wes. Ztg.“, erscheinen soll und das dem Vernehmen na- den Titel: „Die Zeit“ führen wird. Die benötigten Fonds sind durch eine Aktiengesellschaft zusammengebracht. Das „gezeichnete“ Aktienkapital stellt nach den darüber umlaufen- den Angaben eine stattliche Summe dar. Die Mitglieder der Gesellschaft gehören nur zu kleinem Theile unserer Stadt an. Die meisten Aktionäre zählt das Blatt, wie verlautet, in Ham- burg, Bremen, Berlin, Hannover und anderen norddeutschen Städten. Die Richtung der neuen „Zeit“ soll die der alten Gothaer Partei sein.

**Wainz, 23. Febr.** Der Herausgeber des hier erschei- nenden „Rhein. Volksblattes“ ist gestern von dem groß. Ober- gericht wegen Beleidigung der italienischen Fürsten zu einem Monat bürgerlichem Gefängniß und in die Kosten verurtheilt worden.

**X Koblenz, 23. Febr.** Der Schiffahrtsverkehr auf dem Rheine ist gegenwärtig trotz des guten Fahrwassers ein sehr geringer, weil man in Holland und am Niederrhein die Waarenverladungen nach dem Dberrhein und der Schweiz fast ganz eingestellt hat, und warten will, bis die Verordnung wegen der Rheinzoll- und Gebührenermäßigung, die am 1. März in Kraft treten soll, publizirt worden ist. In Rotter- dam und den übrigen niederländischen Häfen liegt, wie man von daher schreibt, eine so große Menge beladener und in La- dung begriffener Fahrzeuge aller Art, wie dies dort seit vielen Jahren nicht gesehen worden ist.

In unserm Weinhandel war seit längerer Zeit eine be- merkenswerthe Stille eingetreten, die daher rührte, daß die Produzenten sehr hohe Preise forderten, zu denen die Käufer sich nicht verstehen wollten. Sie waren einestheils so zurück- haltend mit ihrer Waare, weil sie, durch den Erlös von drei glücklichen Jahren in bessere Verhältnisse gekommen, nicht mehr zu verkaufen gezwungen sind, andertheils weil sie glaubten, der Weinhandel werde durch den Frost in so ausgedehnter Weise gelitten haben, daß die Ernte von 1861 jedenfalls quantita- tiv eine nur sehr geringe sein könne. Nachdem diese letzte Voraussetzung aber sich als irrig erwiesen, stellen die Besitzer von Weinvorräthen billigere Bedingungen, und es sind kürzlich sehr belangreiche Verladungen von Moselweinen gemacht worden. Es ist hierbei selbstverständlich immer nur die Rede von 1857er, 1858er und 59er Wein; der von 1860 ist nur insofern ein Handelsartikel, als er an sog. Weinfabrikanten verkauft wird.

Den Weberschwemmen am Niederrhein sind von Staats wegen schon sehr erhebliche Unterstügungen zugegangen; die Beträge sind nicht bekannt. Es war ein Irrthum, wenn kürzlich gemeldet wurde, Se. Maj. der König habe 1000 Tplr. für die Beschädigten bewilligt; es hat vielmehr die Königin in diese Summe aus ihrer Kasse für dieselben bewilligt.

**Vom Niederrhein, 21. Febr.** Der Vorsitzende des Komitees der vereinigten Rheinschiffahrts-Interessenten, der Direktor der Düsseldorf-Transport- und Versicherungs-Gesellschaft, Hr. J. v. Sybel in Düsseldorf, ist zum Ritter des nieder- ländischen Löwen-Ordens ernannt worden. Wir erinnern uns dabei an die konträre Thatsache, daß der Oberpräsident der Rheinprovinz seiner Zeit das Verlangen von vier Han- delskammern abhielt, fragliches Komitee zu der Kölner Kon- ferenz preussischer Schiffahrts-Interessenten vom 20. Sept. v. J. einzuladen; ja sogar die Deputirung einiger Mitglieder dieses Komitees zur Betretung von zum Erscheinen auf der fraglichen Konferenz berechtigten Körperschaften verweigerte.

**Elberfeld, 21. Febr.** In dem hiesigen Waisen- haus scheinen sehr grave Extravaganzen, deren Zweck „religiöse Erweckungen“ waren, vorgekommen zu sein. Man berichtet von Erschütterungen der Kinder an Leib und Seele als Folge der frommen Operationen für deren Seelenheil. Nach einem ausgegebenen Flugblatt zeigte sich die sog. Erweckung der größtentheils unmündigen Kinder zuerst bei eini- gen Mädchen, später bei einzelnen Knaben, und zuletzt wurde eine große Anzahl von Knaben, 60—70, davon ergriffen. Bei vielen derselben stellten sich Krämpfe ein, welche eine ganze Nacht dauerten, worauf Verhütung und stilles Beten eintraten; andere schrien, brüllten und tobten, und meinten, der Satan habe sie gepackt und halte ihnen den Mund zu, damit sie nicht beten könnten. Mehrere Wochen lang haben diese beklagenswerthen Zustände bereits gedauert. Die Ge- meindebehörden sind jetzt eingeschritten.

**Hamburg, 23. Febr.** Bei einer heute stattgefundenen Generalversammlung der „Norddeutschen Bank“ hat „Bischofs- heim aus Paris“ seinen Antrag zurückgezogen. Der Antrag „Erlangers aus Frankfurt a. M.“ wurde mit 1800 gegen 200 Stimmen angenommen.

**C.S. Berlin, 23. Febr.** In heutiger Sitzung des Her- renhauses wurden die Gesetze wegen Abänderung des Vereins-Zolltarifs, der Ermäßigung der Rheinzölle, der Auf- hebung der Durchgangsabgaben, der Erat des Herrenhauses angenommen, die neue Redaktion des Entwurfes, die Abände- rung und Ergänzung der Städteordnung genehmigt. Zu dem Gesetze wegen Ermäßigung der Rheinzölle hatte die Kommissi- on die Streichung des §. 2 beantragt, wonach der Finanzminister zu weiteren Zollermäßigungen berechtigt sein sollte. Nach langer und lebhafter Diskussion, an welcher sich der Handels- und der Finanzminister beteiligten, wird der An- trag abgelehnt und der §. 2 mit 106 gegen 11 Stimmen auf- rechterhalten. — Der Vertrag zwischen Preußen und Braun- schweig wegen Herstellung einer Eisenbahn von Bufe nach Kreiensee ist heute hier unterzeichnet worden. — Pri- vatinformationen aus Kopenhagen, die uns so eben zugehen, stellen uns die Lage der Dinge in Bezug auf die Verjoghämmer in minder günstigem Lichte dar; man meint, daß unsichtbare Triebfedern Dänemark dem Entschlusse entgegenzudringen, es auf einen Krieg mit Deutschland ankommen lassen zu wollen. — Ein Gesetzentwurf zur Regulirung des Elementarschul- wesen s ist in nächster Zeit zu erwarten. Man meint, daß

die Regierung das Ehegesetz, wenn die fakultative Zivilehe vom Herrnhause abgelehnt werden sollte, ganz zurückziehen wird.

**Berlin, 24. Febr.** Hr. v. Schleinitz hatte gestern Mittag längere Besprechungen mit den Gesandten von Oesterreich, Preußen und Frankreich. — Gestern ist von Bevollmächtigten Preußens und Oesterreichs hier ein Vertrag über die Herstellung zweier neuen Anschlüsse des ober-schlesischen Eisenbahnnetzes an die Kaiser-Ferdinands-Nordbahn unterzeichnet worden. Um diese Anschlüsse zu erreichen, sollen Verbindungsbahnen von Neuberun nach Döwiczem und von der Mendja-Kattowitzer Bahn über Pleß nach Dzieditz angelegt werden. — Gestern Mittag hatte der diesseitige Gesandte am k. neapol. Hofe, Graf Perponcher, in Gegenwart des Ministers v. Schleinitz beim Könige Audienz. Abends reiste der Graf zum Könige Franz II. nach Rom ab. Wie verlautet, soll die preussische Gesandtschaft beim neapol. Monarchen einmündlich aufgelöst werden. Graf Perponcher kehrt um die Mitte des Monats März nach Berlin zurück. Ein in diplomatischen Kreisen umlaufendes Gerücht will wissen, derselbe sei zum Nachfolger des Hr. v. Schleinitz in der Leitung des auswärtigen Ministeriums designirt und werde dies Amt zu Anfang April übernehmen. Wir glauben dagegen mit allem Grund an unserer neulichen Meldung festhalten zu können, daß Hr. v. Schleinitz von seinem jetzigen Posten nicht zurücktreten, sondern für den Fall einer Aenderung seines Wirkungskreises die Verwaltung des k. k. Hausministeriums mit seinem jetzigen Amt verbinden wird. — Guten Vernehmen nach ist der diesseitige Gesandte am k. niederländischen Hofe, Graf v. Königsmark, wegen angegriffener Gesundheit vor Kurzem um seine Verjegung in den Ruhestand eingekommen. — In der Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses sollen in den letzten Tagen äußerst lebhaft Verhandlungen geführt worden sein. Man spricht dabei insbesondere von sehr heftigen Angriffen gegen mehrere Einrichtungen, die der Handelsminister v. d. Heydt auf seinem Verwaltungsgebiete getroffen hat. Ueberhaupt scheint es, als suche die liberale Partei durch rücksichtsloses Vorgehen gegen einzelne Persönlichkeiten des Kabinetts eine ihren Wünschen entsprechende Aenderung der Regierungspolitik herbeizuführen. Die Wirkung könnte auch eine andere werden.

**Bernburg, 19. Febr.** (Mdb. J.) Eine für unser Land höchst wichtige, seit Jahren schwebende Angelegenheit ist vor Kurzem endlich definitiv geregelt. Das Allodialvermögen des herzoglichen Hauses ist festgestellt. Dasselbe besteht aus Domänen, Forsten, Mühlen, Ziegelmeyern und baaren Geldern und soll zur Zeit einen Ertrag von 105,000 Thln. abwerfen, würde mithin einen Kapitalwerth von 2 Millionen repräsentiren. Nicht einbezogen hierin sind die ausländischen Privatbesitzungen der herzoglichen Familie.

**Dresden, 22. Febr.** Die Erste Kammer beendigt heute die Beratung des Gewerbegesetzes, ohne daß im Laufe der ganzen Beratung irgend eine wesentliche Differenz mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer sich ergeben hätte. Die Kammer genehmigte bei der Endabstimmung das Gesetz mit 32 gegen 5 Stimmen.

**Wien, 23. Febr.** Die offiziöse „Donauzeitung“ widerlegt die Nachricht der „Presse“, wornach in den letzten Tagen eine Konvention zwischen Oesterreich, Preußen und Rußland geschlossen worden sei, betreffend gemeinsame Gegenmaßregeln für den Fall von Insurrektionen in Ungarn und Polen. Auch die „Dzierr. Ztg.“ widerlegt diese Nachricht nach positiven Mittheilungen aus St. Petersburg mit dem Beifügen: Der Zustand Polens scheint jedoch Gegenstand eines Notenwechsels gewesen zu sein, und dürften im Falle von Unruhen, welche durch die polnischen Gebiete aller drei Mächte verzweigt sein sollten, die nöthigen Vorsichts- und Gegenmaßregeln getroffen werden. In Betreff Ungarns dürfte kaum eine diplomatische Mittheilung stattgefunden haben.

**Wien, 25. Febr.** (Mannh. J.) Wie die „Presse“ hervorhebt, sollen außer den Reichsraths- und Landtagsstatuten die Einberufungsordres für die Landtage auf den 2., für den Reichsrath auf den 20. April, ferner unmittelbar danach das Protestantengesetz, das Unterrichtsstatut, das Drucksensurstatut des Handelsministeriums publizirt werden. Gerüchweise verlautete sogar von Republikation der Grundrechte. (?)

**Oesterreichische Monarchie.**

**Pesth, 23. Febr.** Die Stadtrepräsentanz beschloß in ihrer heutigen Sitzung eine Adresse an den Kaiser wegen Freilassung des Honvedgenerals Asboth. — In der heutigen Sitzung der Justizkonferenz wurde das zweite Separatvotum, welches die Restitution der ungarischen Erbfolgesetze mit Modifikationen beantragt, nach langer Debatte verworfen.

**Pesth, 23. Febr.** Die Stadtrepräsentanz beschloß einen Protest zu Protokoll zu geben über die Ungefährlichkeit des Landtags, wenn nach dem Einberufungsschreiben vorgegangen werde. Ferner wurde beschlossen, für den Landtag zu wählen, hoffend, die Vertreter der Nation werden erklären, der Landtag müsse in Pesth zusammentreten.

**Pesth, 22. Febr.** In Keszmet wurden am 14. d. aus der Reihe der Flüchtlinge fünf zu Repräsentanten der Stadt gewählt, nämlich Kossuth, Kapta, Beregel, Tür und Michael Horvath. In ähnlichen Demonstrationen erging man sich auch in Szegedin. Bei Gelegenheit eines am 9. d. zu Gunsten der israel. Armen in Szegedin veranstalteten Balles wurden Loosie ausgebracht auf das Vaterland, auf Kossuth und den Szegediner Rabbiner Leopold Löw. (Wunderbare Zusammenstellung!) — Bischof Bemmer befindet sich wieder hier. Die Regierung macht ihm, wie „M. S.“ wissen will, Schwierigkeiten wegen Auszahlung des Jahresgehältes, welchen sie ihm seit seiner Removirung im Jahr 1848 aus dem Religionsfonde zugewiesen hatte.

**Buccari, 21. Febr.** Die Generalkongregation des Fin-

maner Komitates beschloß eine vom Vizegouverneur Boncina beauftragte, vom Bischof Sic unterstüzte Adresse wegen Aufhebung des über Fiume verhängten Belagerungszustandes.

**Italien.**

**Turin, 21. Febr.** (Köln. Ztg.) Die Regierung thut Alles, was sie kann, um die Gemüther zu beruhigen. Sie läßt Nichts auskommen, was die Kriegsluft der Italiener anfachen könnte. Die Offiziere der Garibaldi'schen Armee, ebenso die Unteroffiziere, welche die Stämme zu neuen Regimentern bilden sollen, sind Alle in Norditalien; es ist jedoch noch Nichts geschehen, um letztere zu ergänzen. Garibaldi verhält sich ruhig und wird nicht so leicht losgeschlagen, wie gewisse Blätter hoffen. Er wird sich aber auch nicht zurückhalten lassen, wenn sich die Gelegenheit aufdringt, für seine Grundzüge einzustehen. Wenn die österreichische Regierung die Ungarn zum Aeußersten treibt (!), dann wird Garibaldi in ihren Reihen nicht fehlen; das sagt der italienische General ungeschweigt; doch setzt er hinzu, er werde nicht begen, sich aber auch nicht begen lassen.

**Turin, 22. Febr.** Bei Ueberreichung des jüngsten Gesetzentwurfes an den Senat hielt Graf Cavour folgende Ansprache:

Die wunderbaren Ereignisse der letzten zwei Jahre haben mit ungehofften glücklichen Erfolgen beinahe alle zerstreuten Glieder der Nation zu einem einzigen Staate vereinigt. Die verschiedenen, unter sich oft uneinigen, oft sich bekämpfenden Zustimmern haben einer einheitslichen Nationalmonarchie Platz gemacht. Das Königreich Italien ist heute eine Thatsache, und diese Thatsache müssen wir Angesichts der italienischen Völker und Europa's befestigen. Auf Befehl Sr. Majestät und nach einstimmigem Beschlusse des Ministerathes lege ich dem Senate den Gesetzentwurf vor, durch welchen der König, unter erlauchter Herr, für sich und seine Nachfolger den Titel „König von Italien“ annimmt. Das Parlament, ein treuer Dolmetsch des Nationalwillens, der sich schon in vielfacher Weise kundgegeben, begrüßte am feierlichen Tage der ersten Sitzung mit dem Enthusiasmus der Dankbarkeit und Liebe Victor Emanuel II. als König von Italien.

Der Senat wird sich glücklich fühlen, der Erste zu sein, dem Wünsche aller Italiener eine schlüssige Sanction zu geben und die edle Dynastie mit dem neuen Titel zu begrüßen, die erlaubt durch 8 Jahrhunderte voll Ruhm und Tugend, von der göttlichen Vorsehung aufbewahrt wurde, das Missgeschick zu rächen, die Wunden zu heilen und die Aera der Spaltung Italiens zu beschließen.

Mit Ihrem Votum werden Sie den Erinnerungen an die provinziellen Unwägungen ein Ende machen und die ersten Blätter einer neuen Nationalgeschichte schreiben.

**Turin, 22. Febr.** Admiral Persano ist in den Gewässern von Messina angekommen. Er hat den Kommandanten der Zitadelle aufgefordert, sich zu ergeben. General Cialdini ist in Neapel geblieben; im Falle der Weigerung, den Platz zu übergeben, wird er zu Admiral Persano stoßen. Die Nachricht von der Uebergabe von Civitella hat sich nicht bestätigt. — Im Königreich Neapel wird eine sog. „Ardriatische Legion“ geformt; man sagt, daß einige Franzosen dabei im Spiele seien.

**Turin, 23. Febr.** Die heutige „Opinione“ veröffentlicht folgende Depesche aus Ricci, 22.: Einige Tausend „Käuber“ (!) mit Gebirgsgepfehen versehen (!) haben, unter Führung des Grafen Christen, zu Caroli unsere Freiwilligen angegriffen, die sich sedert zurückzogen. Von diesem Vorfälle in Kenntniß gesetzt, eilten Oberst Masi und Major Vincenzi herbei, griffen den Feind energisch an, und verfolgten ihn bis Dreivola. Der Feind ließ zahlreiche Tode auf dem Schlachtfelde.

**Genua, 23. Febr.** General v. Bonin ist in Genua angekommen und von dem Generalleutnant Voys di Putisgani empfangen worden. Man sagt, der preuß. General werde eine Reise nach Toskana und Süditalien machen.

**Genua, 24. Febr.** (A. J.) Die Regierung ließ unverzüglich die Kirche und das Kloster dell' Annunziata räumen, das die P. Franziskaner bewohnen, und zwar in Folge ihrer Weigerung, für die im Jahr 1860 Gefallenen Messe zu lesen. Die fremden Kriegsgefangenen sind aus Gasta angekommen; sie werden in den Festungen des Landes vertheilt; unter denselben befinden sich mehrere Bayern.

**Mailand, 23. Febr.** Die heutige „Perseveranza“ berichtet aus Turin vom 22. d. M.: Die Gerüchte bezüglich eines Ministerwechsels wiederholen sich täglich. Der Rücktritt der H. H. Begezzi und Cori soll bevorstehen. Das Portefeuille des Erstern soll Cavour, das Handelsministerium soll ein Neapolitaner übernehmen.

**Rom, 23. Febr.** (Sch. M.) Das „Römische Journal“ erklärt: die päpstliche Regierung weise die Verantwortlichkeit, welche ihr die Lagueronniere'sche Broschüre zuschiebe, zurück. Die Broschüre enthalte hinterlistige Ränke, wie die früheren. Das Journal fügt hinzu, die päpstlichen Allokutionen und die Depeschen des Kardinals Antonelli haben hinreichend bewiesen, auf wen die Verantwortlichkeit für die bellagenswertigen Ereignisse, welche eingetreten, zurückzuführen.

**Bologna, 20. Febr.** Der Postwagen zwischen Faenza und Ravenna wurde vorgestern angefallen. Die eskortirenden Carabinieri nahmen 5 Räuber fest.

**Neapel, 16. Febr.** (A. J.) Vorgestern Nacht brach in Gasta ein furchtbarer Brand aus. Die Domkirche wurde ein Raub der Flammen; die Veranlassung ist nicht ermittelt. — Der Ministerialrath v. Mancini vom Kultusdepartement hat an alle Bischöfe, Statthalter und k. Richter energische Verfügungen erlassen, damit die regierungsfreundlichen Geistlichen und Prediger bei Gelegenheit der eintretenden Fastenzeit nicht von der Kanzel ausgeschlossen werden, und überhaupt dieser Ort nicht dazu benützt werde, Haß und Unzufriedenheit gegen die gegenwärtige politische Ordnung der Dinge zu erregen. In Folge dieser Verordnung wurde bereits der Pfarrer in Panicoleso eingezogen, weil er gegen den König und gegen Italien gepredigt; dergleichen wurde der Kapuzinerpater Cle-

mente da Seriale von der Nationalgarde von Celico festgenommen. — Kurz bevor der König Franz von Gasta absegelte, übersandte er an den Grafen von Trapani, seinen Dank, folgende telegraphische Depesche: „Von allen Mächten verlassen, sehe ich täglich meine Getreuesten umkommen, und in der traurigen Gewißheit, daß die Sterblichkeit immer mehr zunimmt, habe ich kapitulirt. Schickt mir drei Wagen nach Terracina. Francesco.“ Der Anblick von Gasta ist schrecklich; ungefähr 200 Unglückliche liegen vielleicht noch lebend begraben unter den Trümmern der Bastionen, und Niemand denkt daran, ihnen beizustehen.

**Frankreich.**

**Paris, 23. Febr.** Wie man nachträglich aus der, wenn nicht aufgehobenen, so doch aufgeschobenen Konferenz wegen Syrien erfährt, setzte der türkische Gesandte alle Segel auf, um die Projekte seiner Regierung durchzusetzen, die in der Errichtung zweier getrennten Paschalikate zu Beyrut und Damaskus, mit einer Armee von je 25,000 Mann per Paschalikat, auf Kosten der resp. Einwohner, hinauslaufen. Diesen Behörden zur Seite würde ein Generalrath, aus Türken und Christen zusammengesetzt, bestehen, dessen Beschlüsse der Sultan zu sanktioniren hätte. Es bedarf wohl kaum der Erwähnung, daß diese Vorschläge ebensowenig nach dem Geschnack der französischen Regierung sind, als das Verlangen, die Okkupation auf 2 oder 3 Monate zu beschränken. — Der Entwurf der Adresse des Senats auf die Thronrede wurde dem Kaiser von Hr. v. Troplong unterbreitet und hatte sich, wie man versichert, der Zufriedenheit Sr. Majestät zu erfreuen. Weniger erbaunt dürfte man in den Tuilerien von der Manifestation zu Gunsten des Papstes sein, welche vorgestern zu Rennes aus Anlaß der Rückkehr des dortigen Erzbischofs aus Rom stattfand. Der Erzbischof wurde bei seiner Ankunft in der Bischofsstadt von einer großen Menschenmenge unter dem Rufe empfangen: „Es lebe unser Erzbischof! Es lebe der Papst! Es lebe der Pontifex-König!“ Der Erzbischof erschien dankend auf dem Balkon seines Pallastes und versicherte die ihn begrüßende Deputation, daß der Papst fest entschlossen sei, keines seiner Rechte aufzugeben. Eine ähnliche Versicherung gab der Erzbischof auf der Durchreise durch Chambéry dem ihm aufwartenden Klerus. Der Papst, sagte er, habe ihn selbst versichert, daß er, auch wenn Frankreich ihn aufgibt, keinerlei Konzession machen, und im äußersten Falle lieber den Weg des Erlis einschlagen werde. „Ich kann umkommen — habe Sr. Heiligkeit gesagt — aber das Papstthum kommt nicht um; ich kann das Märtyrthum erleiden, aber es wird ein Tag kommen, wo meine Nachfolger ihre unverfüßten Rechte wieder erlangen werden; der heil. Petrus wurde gekreuzigt, und dennoch bin ich hier.“ ... „Drei Franken — soll der Papst beigefügt haben — werde ich überall finden, und die genügen mir, um zu leben.“

Die Broschüre des Bischofs von Orleans als Antwort an Hr. v. Lagueronniere erscheint heute Abend. Sie ist energisch, wirft, was man dem Papst zur Last legt, auf die kais. Politik zurück, und überweist den Verfasser, daß er die Frage wesentlich verdreht habe. — Die Beförderungen in der Flotte werden am 6., die Ordensverleihungen am 16., dem Geburtstage des kais. Prinzen, erfolgen. Ernannt werden 2 Contreadmirale, 3 Linienfahrts- und 6 Freigattenskapitäne; darunter der Leutnant Depina wegen seines fähigen Verhaltens bei Einnahme des kais. Sommerpallastes zu Peking. — An der beabsichtigten Expedition nach Cochinchina wird die Flotte allein Theil nehmen. Die aus Marineinfanterie, Artillerie und Matrosen bestehenden Landungskorps wird General Bassoigne befehligen. — Der Mirès'sche „Constitutionnel“ soll, wie man versichert, von der Regierung angekauft und als Organ des Ministers des Innern adoptirt und anerkannt werden. Er wird dann auch in einer Abendausgabe erscheinen.

An der Börse fängt man an, die Mirès'sche Geschichte etwas faltblätiger zu betrachten. Die Wechselagenten, der Mobilienkredit und die Regierung bieten übrigens Alles auf, um ein Sinken der Kurse zu verhindern. Sie erinnern sich wohl, daß ich Ihnen das Vorhandensein einer Anzahl Mirès'scher Römischer Eisenbahn-Obligationen bezeichnete, welche die normale Ziffer von 280,000 Stück weitaus übersteigen, und die Wechselagenten (welche dieses sonderbarer Weise erst bemerkt haben wollen, als es bereits die Spagen auf dem Dache der Börse piffen) sahen sich dadurch veranlaßt, alle höheren Nummern nicht mehr anzunehmen. Heute wurde das Parquet vom Ministerium eingeladen, der Negotiation solcher Obligationen kein Hinderniß in den Weg zu legen, — unbeschadet der gerichtlichen Verfolgung gegen Mirès. Man verfährt hiebei offenbar wie die englische Bank, die, um ihrer echten Banknoten willen, auch falsche mit einläßt. Römische Obligationen stiegen sofort von 180 auf 210. Der Polizeikommissar an der Börse wurde überdies angewiesen, die Aeußerungen des spekulirenden und rasonnirenden Publikums über den allgetreuesten Credit Mobilier zu überwachen und auf Spottwörter und Kästereien strengstens zu fahnden. — Wie die „Patrie“ aus Rom erfährt, werden die neapol. Majestäten Rom Ende dieses Monats verlassen, um sich nach dem Schlosse Vau bei Bamberg zu begeben. Man versichert, daß, als Hr. v. Grammont Franz II. wiederholt das Schloß Vau anbot, dieser sagte, er könne dieses Anerbieten nicht annehmen. Napoleon III. sei sein natürlicher Gegner, ein Bonaparte könne einen Bourbon nicht lieben; doch werde er sich stets erinnern, daß der Kaiser der Franzosen der einzige Souverän war, der ihm im Unglück die Hand gereicht habe.

**Paris, 23. Febr.** Die „Union“ wiederlegt in entscheidender Weise die Nachrichten und Gerüchte von Verhandlungen, welche angeblich zwischen Rom und Turin gepflogen werden sollten. „Der Papst — sagt das kirchlich-legitimistische Blatt — verharret in dem doppelten Gefühle seiner Würde und seiner Pflicht; er weist schimpfliche Vergleiche zurück und wird sich nicht vor seinem Verräther erniedrigen.“ — Die Streitigkeiten zwischen Rom und Paris nehmen (der „Köln,

3tg." zufolge) eher zu, als ab. Wie man vernimmt, weigert sich nun zuletzt Abbé Maret, auf seine Ernennung zum Bischof von Bannes Verzicht zu leisten. Erzbischof Morlot von Paris soll nach Rom geschrieben haben, daß, wenn man ihn von dort aus nöthigen wolle, auf sein Amt als Großalmosenier des Hofes und Senator zu verzichten, er aufhöre werde, Erzbischof zu sein; vorläufig wäre jedoch die Sache in diesem Stadium verblieben. — Hr. Villault soll auf Befragen in der Adresskommission des Gesetzgebenden Körpers erklärt haben, daß der Kaiser nur mit Bewilligung des Papstes, und nachdem sich die katholischen Mächte hierüber mit Frankreich verständigt, seine Truppen von Rom zurückziehen werde. Die Diskussion über die Adresse im Gesetzgebenden Körper beginnt nächsten Mittwoch. — Die Affaire Mirès macht noch immer viel von sich reden. Weitere Verhaftungen haben bis jetzt nicht stattgefunden. Mirès selbst wurde zwei Mal verhört. Der Fürst von Polignac hat die ganze Aussteuer seiner Frau dem Liquidator, Hrn. v. Germiny, zur Verfügung gestellt, um auf diese Weise allen späteren Refutationen zu entgehen. Die Untersuchung, die von dem Untersuchungsrichter Daniel geleitet wird, schreitet schnell vorwärts. Man glaubt, daß schon nächste Woche der Bericht über die Lage des Hrn. Mirès erstattet werden kann. Durch den Fall des Hrn. Mirès erhielt die türkische Anleihe einen harten Schlag. Nicht ohne Besorgniß ist man auch wegen der Nachrichten aus Marseille. Nach den von dort eingelaufenen Briefen sind 31 Häuser dieser Stadt durch den Rückschlag der Mirès'schen Krise mehr oder minder gefährdet. Die beiden bedeutendsten halten sich wacker. In der That wäre das Schlimmste zu befürchten, wenn auch der Damm bräche, welchen die Häuser Baltazzi und Gabr. Havin dem Unheil entgegenstellen. — 3proz. 68.15. Dst 596.25.

**Spanien.**  
\* Madrid, 22. Febr. Die Regierung hat den neuen Vertrag genehmigt, welchen der spanische Gesandte in Tanger mit der marokkanischen Regierung abgeschlossen hat. Sobald die Hälfte der Entschädigungssumme bezahlt und für den Rest Garantie geleistet ist, wird die Stadt Tetuan von den spanischen Truppen geräumt werden.

**Belgien.**  
Brüssel, 21. Febr. Am 18. Febr. ist eine Uebereinkunft zwischen Belgien und Hannover unterzeichnet worden, zufolge welcher Belgien von der Ablösungssumme des Stadter Jolles gegen eine weitere Rückerstattung des Scheldezoll dispensirt wird. Sollte der Scheldezoll abgelöst werden, so erhält Hannover eine Summe, welche diejenige nicht übersteigt, die für Ablösung des Stadter Jolles Belgien zugewiesen worden ist.

**Großbritannien.**  
\*\* London, 22. Febr. Die Kaiserin von Oesterreich hat das Anerbieten der Königin von England angenommen, sich bei ihrer Rückfahrt von Madeira wieder der Yacht „Victoria und Albert“ zu bedienen. — Der General Klapka soll kommende Woche von Turin hier eintreffen. Mazzini befindet sich seit einigen Wochen hier. Kossuth beabsichtigt mit seiner Familie nach dem Kontinent überzusiedeln, wahrscheinlich nach der Schweiz oder nach Italien. — Gottfried Kinkel hat von der englischen Regierung die ehrenvolle Auforderung erhalten, zunächst für ein Jahr Vortrüge über Kunstgeschichte vor den Zöglingen der Königl. Kunstschule in dem großen Hörsaal des neuen Museums von South Kensington zu halten.

**Vermischte Nachrichten.**  
— Speyer, 23. Febr. In diesem Jahr wird hier ein großartiges Domfest, das achtundertjährige Jubiläum der Einweihung des Domes, gefeiert werden.  
— Wien, Am 19. d. M. fand auf dem Steinfelde nächst Feldsberg in Gegenwart des Kaisers, mehrerer Erzherzoge und der meisten in Wien anwesenden höheren Generale ein Probeballet mit gezogenen Kanonen statt. Ein vierstündiges Schießwettbewerb, das bei dieser Gelegenheit vorgeführt wurde und bei welchem auch eine ganz neue Kaffettirung in Anwendung kam, welche durch ihre Leichtigkeit und Zweckmäßigkeit allgemeines Entzücken hervorrief, lieferte besonders ausgezeichnete Resultate.  
— Auber über die Tannhäuser-Musik. Man beklagte sich kürzlich in Gegenwart Auber's über die „spezifische Schwere“ der Wagner'schen Musik und Instrumentation. „Lassen Sie uns darüber nicht so leicht aburtheilen — antwortete der Komponist der „Stimmen“; um diesen Tonschmerz richtig zu würdigen, muß man jede seiner Nummern zehnmal gehört haben.“ — „Ja, die Laien gewiß; aber Sie, welches Urtheil fällen Sie über diese Musik?“ — „Oh, ich konnte mir bisher noch keines bilden. Ich habe bloß einer Gesamtprobe des „Tannhäuser“ beigewohnt und mir geschworen, nicht wieder dahin zurückzukehren.“ [So wenigstens erzählten Pariser Journalisten.]

**Großherzogliches Hoftheater.**  
Dienstag, 26. Febr. 1. Quartal. 29. Abonnementvorstellung. Zum ersten Male wiederholt: Die Waschküchler; Lustspiel in 4 Akten, von Robert Benedix.  
Freitag, 1. März. Zweites großes Konzert des groß. Hoforchester im großen Museumsaal für das Gesamtpublikum.

**P.756. Offenburg.** Dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern lieben, unvergeßlichen Sohn, Bruder und Schwager, Defar Köppler, nach längerem, vielfachen Leiden — im kaum begonnenen 22. Lebensjahre — heute früh 4 1/2 Uhr durch eine rasch eintretende Lungenschwemmung in ein besseres Jenseits abzurufen.  
Indem wir entfernten Freunden und Bekannten diese Trauernachricht widmen, glauben wir ihrer stillen, für uns trostvollen Theilnahme versichert sein zu dürfen.  
Offenburg, den 24. Februar 1861.  
Die Hinterbliebenen.

**P.628. Nr. 1053. Karlsruhe.**  
**Bekanntmachung.**  
Joseph Wühl von Pöbren hat um die Erlaubniß gebeten, seinen Familiennamen in „Zimmermann“ umändern zu dürfen. Sofern binnen drei Monaten keine Einsprache dagegen erfolgt, wird dem Gesuche stattgegeben werden.  
Karlsruhe, den 19. Februar 1861.  
Großherzogliches Justizministerium.  
B. Verh. d. Min.:  
Junghans. Dingner.

**P.757. Karlsruhe.**  
**Anzeige.**  
Die von groß. Centralstelle für die Landwirtschaft herausgegebenen landw. Zeitschriften, das landw. Centralblatt und das landw. Correspondenzblatt, werden nach einem Abkommen mit groß. Direktion der Verkehrsanstalten vom laufenden Jahre an im Zeitungswege durch die Post befördert. Der Abonnementpreis beträgt für das Centralblatt jährlich 20 fr., für das Correspondenzblatt jährlich 40 fr. Mitglieder des landwirthsch. Vereins abonniren sich bei den landw. Kreis- und Bezirksstellen, welche die Bestellungslisten den betreffenden Postämtern übergeben.  
Nichtmitglieder beziehen diese Blätter auf Bestellung bei der Post zu dem gleichen Preise mit Zuschlag der gewöhnlichen Speditionstare.  
Dies zur Berichtigung von Mißverständnissen.  
Karlsruhe, den 23. Februar 1861.

**P.447. Mittelwalde bei Glash.**  
**Empfehlung**  
Wir haben seit Anfang dieses Jahres in Mittelwalde bei Glash ein Fabrikationsgeschäft für Militärleinen-Drells p. p. errichtet und empfehlen uns in diesen Artikeln zu gefälligen Bestellungen.  
Mittelwalde bei Glash, in Schlesien,  
den 31. Januar 1861.

**P.684. Karlsruhe.**  
**Carl Arleth,**  
Großherzoglicher Hoflieferant,  
empfiehlt  
— frisch ger. Winterbeinlachs, —  
schöne franz. Chapons und Poulardes, frische Straßburger Gänseleberpasteten von Henry, frische große Holsteiner, franz. u. kleine Ostender Austern, echt russ. Astracan u. Elb-Caviar, große Homards, ganz frische Solles, Turbot, Cabeljau (billiger), Laberdan, Bückinge, frische Verrigord- und Landtrüffel, sowie frischen Kopsalat, Champignons &c. &c.  
— Ganz frischen Ochsenmaulsalat. —  
P.726. Straßburg (Elsas).  
**Sogleich abzutreten,** nebst Pacht, die Brückenwaagenfabrik der H. Frey & Co. in Straßburg, Elsas. Sich an ihr Comptoir zu wenden.

**P.223. b. Breiten.**  
**Tagfahrtverlegung.**  
Die von mir auf den 12. März angezeigte Weinversteigerung wird auf Dienstag den 19. März l. J. Vormittags 10 Uhr, verlegt.  
Breiten, den 23. Februar 1861.  
Paravicini, Posthalter.

**P.548. b. Karlsruhe und Baden-Baden.**  
**Bekanntmachung.**  
Die Stadt Baden hat beschlossen, zum Zweck der Heimzahlung ihrer sämtlichen Passiven ein Anlehen von 217,000 fl., 3 1/2 % Zins tragend, zu kontrahiren und Obligationen, auf den Inhaber lautend, im Betrage von 100 fl., 500 fl. und 1000 fl., mit halbjährigen Zinscoupons versehen, dafür pari auszugeben. Zur Sicherstellung dieser Obligationen wird von Seiten der Stadt ein liegenschaftliches Unterpfand von 800,000 fl. eingelegt, in den Grund- und Pfandbüchern hypothekarisch vorgemerkt, und ein Auszug davon den Obligationen beigebrudert werden.  
Mit der Negozierung dieses, die vollkommenste Sicherheit darbietenden Anlehens beauftragt, nehmen wir Subskriptionen darauf entgegen.  
Karlsruhe und Baden-Baden, den 14. Februar 1861.  
G. Müller & Comp.

**P.705. Nr. 79. Vörrach.**  
**4 1/2 proz. Wiesenthal-Eisenbahn-Anleihe von 750,000 fl. — süddeutscher Währung.**  
Die am 1. März fälligen Eremestzinsen dieser Anleihe können vom Verfalltage an gegen Vorweisung der Interimsscheine eingezogen werden  
in Basel bei Herrn Bischoff zu St. Alban,  
in Vörrach bei Herrn C. N. Gebhard,  
in Schopfheim bei Herrn Gottschalk und Grether.  
Für die Aktien, welche nach Art. 11 der Statuten während der Bauzeit einen jährlichen Zins von 4 Proz. genießen, wird der Zins bei der nächsten Einzahlung in Abrechnung gebracht.  
Vörrach, den 22. Februar 1861.  
Direktion der Wiesenthal-Bahn.  
W. G. Geig. vdt. W. Pfleger.

**P.704. Heidelberg.**  
**Erklärung.**  
Die „Freiburger Jg.“ berichtigt vor einigen Tagen einen schlechten Streich jugendlichen Leichtsinnes von einem Heidelberger. Unangenehme Nachfragen veranlassen den Unterzeichneten, zu erklären, daß seiner seiner Ehedne „Freidrig“ heißt, noch einer derselben in neuerer Zeit in Freiburg war.  
Heidelberg, den 23. Februar 1861.  
Friedr. Mai,  
Kaminsegermeister.

**Haus- und Gartenversteigerung in Kehl.**  
Samstag den 9. März d. J. lassen die Erben des verstorbenen Kaufmanns und Tabakfabrikanten J. J. Groß senior in Kehl auf dem Rathhause bei sich, Nachmittags 3 Uhr, zu Eigentum versteigern:  
1) Ein zweistöckiges, an der Hauptstraße in der Mitte der Stadt gelegenes Wohnhaus, worin Tabakfabrikation betrieben wurde, enthaltend: Ladeneinrichtung, Comptoir, 7 Zimmer, 2 Küchen, Kammern, geräumigen Keller u. s. w. Sodann anstehenden, bis an die Rheinstraße durchlaufenden Garten, mit Laube, Ziehbrunnen, eblern Obstsorten &c.  
2) Einen in der Gemarkung Dorf Kehl an der s. g. Kamzmatt gelegenen, 2 Sefer großen Acker.  
Wozu zahlungsfähige Lusttragende eingeladen werden.  
P.182.

**P.396. Krozingen bei Freiburg im Breisgau.**  
**Weinversteigerung.**  
Montag den 11. März d. J., Vormittags 10 Uhr beginnend, läßt die Gesellschaft Stigler Habich ihre nachbenannten, im Patentkeller des Gasthofs zur Post dahier lagernden, sehr rein gehaltenen Oberländerweine (größtentheils eigenes Gewächs) einer öffentlichen Versteigerung aussetzen, und zwar:  
1 Maß mit 50 Dm 1857er von Schliengen,  
1 dte. „ 50 „ 1858er „ Kirchhofen,  
1 dte. „ 35 „ dte. „ Ehrenstetten,  
1 dte. „ 35 „ dte. „ Etaußen,  
1 dte. „ 39 „ dte. „ Pfaffenweiler,  
1 dte. „ 40 „ dte. „ Schliengen,  
1 dte. „ 35 „ 1859er „ dte.,  
1 dte. „ 37 „ dte. „ dte.,  
1 dte. „ 7 „ dte. „ dte.,  
1 dte. „ 36 „ 1860er „ dte.,  
wozu die H. Kaufliebhaber mit dem Anfügen höflichst eingeladen werden, daß am Steigerungstage, und auf Verlangen auch vorher, die Proben vor den Häusern abgerichtet werden.  
Krozingen bei Freiburg im Breisgau,  
am 17. Februar 1861.  
Jof. Stigler, Vater.

nen Hausrath gegen Baarzahlung öffentlich versteigern; wozu die Liebhaber eingeladen werden.  
Offenburg, am 23. Februar 1861.  
Rathschreibererei.  
G ü t t e.  
P.716. Mannheim.  
**Lieferung von Pechkränzen und Pechfackeln betr.**  
Die groß. Staatskeller, die Gemeinden u. s. w. werden hiermit benachrichtigt, daß in dienstlicher Befehrsanstalt stets abgelagerte, gut gefertigte Pechkränze und Pechfackeln zu den billigsten Preisen abgegeben werden.  
Mannheim, den 15. Februar 1861.  
Großh. bad. Aemterpolizei-Kommission.  
A. A.:  
L u. b.

**P.707. Nr. 167. Waldkirch.** (Holzversteigerung.) Aus diesseitigen Domänenwaldungen, Distrikt Kandelwald, werden Montag den 4. März, früh 10 Uhr, auf der Post in Unterfimsenwald versteigert: 8 eichene, 32 buchene, 12 abornene, 116 tannene Buchholzkämme.  
Das Holz liegt am Ettersbacher Holzplatz und ist leicht abzuführen.  
Waldkirch, den 21. Februar 1861.  
Großh. bad. Bezirksforstrei.  
W a g n e r.

**P.754. Karlsruhe.** (Holzversteigerung.) Aus den diesseitigen Domänenwaldungen werden öffentlich versteigert:  
Dienstag den 5. März l. J. im Kahlenbrühl bei Forchheim: 15 Eichen, 10 Rothbuchen, 1 Nuthbuche, 15 Eichen, 1 Hainbuche, 2 Silber-, 4 Schwarzpappeln, 12 Ahnen, 2 Weiden und 3 Weißbuchen = Nuthholzkämme; ferner 9 1/2 Klafter Scheit- und 55 1/4 Klafter Prigelholz, 15 Stück ungeschaltene Stammabschnitte und 2000 gemischte Harte und 6100 Stück gemischte weiche Wellen und 10 Loos Schlagraum; dann  
Mittwoch den 6. März l. J. von der Auscheidungsschlag „Forstlach“ bei Ruppurr: 86 Eichen, 53 Eichen, 2 Rothbuchen, 4 Alatanen, 29 Ahnen, 2 Buchen, 92 Hainbuchen, 20 Birken, 16 Pappeln, 5 Ahnen, 107 Erlen, 8 Weißbuchen-Nuthholzkämme und 49 Wagnerehlen;  
Donnerstag den 7. März l. J., bajeßst: 26 1/2 Klafter Scheit-, 124 1/2 Klafter Prigelholz, 61 1/2 Klafter aufgemachtes Stockholz und 90 Stück ungeschaltene Stammabschnitte; 18,125 Stück gemischte Wellen und 3 Loos Schlagraum.  
Die Zusammenkunft ist jeweils früh 9 Uhr auf den betreffenden Hiebstellen.  
Karlsruhe, den 23. Februar 1861.  
Großh. bad. Bezirksforstrei.  
L. D e n g l e r.

**P.714. Nr. 1319. Meßkirch.** (Aufforderung und Fahndung.) Der Militärkräftling Albert Bofch von Hartheim ist am 18. d. M. von seinen Arbeitsposten (Militärkräftkompanie Kastell) entwichen. Derselbe wird aufgefordert, sich binnen 6 Wochen bei dem Kommando der groß. bad. Strafkompagnie in Kastell oder dahier zu stellen, widrigenfalls er der Desertion schuldig erklärt, in eine Geldstrafe von 1200 fl. verurteilt und des Staats- und Ortsbürgerrechts verlustig erklärt würde.  
Dessen Vermögen wird mit Beschlag belegt.  
S i g n a l e m e n t.  
Alter, 26 Jahre.  
Größe, 5' 3' 4''.  
Körperbau, stark.  
Gesichtsfarbe, gesund.  
Augen, grau.  
Haare, schwarz.  
Nase, mittel.  
Bart, schwarz.  
Besondere Kennzeichen: Narben an dem linken Baden.  
Meßkirch, den 21. Februar 1861.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
K e t t e r e r.

**P.600. Philippsburg.** (Aktuarstelle.) Bei uns soll eine Aktuarstelle auf 1. Mai d. J. besetzt werden. Jahresgehalt 350 fl. Bewerbungen innerhalb 14 Tagen.  
Philippsburg, den 20. Februar 1861.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
M o r s.